

Fraktion **direkt**

6 | 20. Dezember 2013

Zur Lage

Wir können jetzt an die Arbeit gehen

Angela Merkel wird das Land weiter gut führen



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Bundeskanzlerin ist gewählt. Das Kabinett ist benannt. Drei Monate nach der Bundestagswahl können wir nun an die Arbeit gehen. Wir von der Union werden auch in dieser neuen großen Koalition alles dafür tun, dass es den Menschen am Ende der Legislaturperiode insgesamt besser geht als heute. Das ist unser Ziel in dieser Wahlperiode. Dafür werden wir uns einsetzen.

„In der Koalition kann nun vertrauensvoll gearbeitet werden“

Die Phase der Regierungsbildung hat nach der Bundestagswahl wahrlich lange gedauert, so lange wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Es lag bekanntermaßen nicht an uns. Es ist aber gut, dass die SPD-Mitglieder am Ende mit einer großen Mehrheit der Bildung der Koalition zugestimmt haben. Das war durchaus ein Erfolg der SPD-

Parteispitze. Die Parteibasis hat ihr nicht nur Rückendeckung dafür gegeben, dass sie in die Regierung eintritt, sie hat ihr auch den Spielraum eröffnet mitzugestalten. Das ist ganz wichtig für eine erfolgreiche Regierungsarbeit.

Es galt für die Union in den vergangenen Wochen sicherzustellen, dass Angela Merkel wieder zur Bundeskanzlerin gewählt wird. Denn wenn ein Auftrag der Wähler vom 22. September eindeutig war, dann der: Angela Merkel soll das Land in den nächsten vier Jahren weiter führen. Mit ihrer Wahl zur Kanzlerin am 17. Dezember im Bundestag ist diesem Wählerauftrag Genüge getan. Die Bundeskanzlerin hat ein gutes Ergebnis erzielt. Es war viel besser als vor acht Jahren, als Union und SPD zum zweiten Mal seit 1966 ein Bündnis eingegangen waren. Nun ist die Basis gelegt, dass in dieser dritten Koalition von CDU/CSU und SPD vertrauensvoll zusammengearbeitet werden kann.

Union hat Zukunftsressorts übernommen

In dem Bundeskabinett hat die Union wichtige Schlüsselressorts übernehmen können, in denen die Zukunftsthemen gestaltet werden. Diese sind vor allem die Stärkung Europas, die Förderung des Wachstums, die Verbesserung der Infrastruktur in allen Bereichen, die Intensivierung von Forschung und Bildung sowie eine strategische Antwort auf die Überalterung der Gesellschaft. In all diesen Zukunfts- und Innovationsthemen werden in den nächsten Jahren Unions-Politiker im Kabinett Verantwortung tragen. Wir können also zufrieden sein und mit Zuversicht auf 2014 blicken.



Inhalt

Wir können jetzt an die Arbeit gehen	1
Keine Änderung des Grundgesetzes nach Wetterlage	2
Angela Merkel erneut zur Kanzlerin gewählt	3
Merkel für starke Rolle Deutschlands in Europa	4
„Lebendigen Parlamentarismus wahren“	5
Parlamentarisches Kontrollgremium soll gestärkt werden	6
Mindestspeicherfrist bleibt auf der Agenda	6
„Nicht alles ist erlaubt, was die Technik kann“	7
Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen	8

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Keine Änderung des Grundgesetzes nach Wetterlage

Oppositionsrechte per Parlamentsbeschluss konkretisieren



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die neuen Mehrheiten im Parlament sind das Ergebnis der Bundestagswahlen. Das gilt für die Größe der Koalition, aber eben auch für die Größe der Opposition. Grüne und Linke gemeinsam haben nur noch etwas mehr als 20 Prozent der Parlamentssitze.

Selten gab es in der Geschichte der Bundesrepublik eine so starke Diskrepanz in der Größe von Koalition und Opposition. Daraus ergeben sich einige teils rechtliche, teils praktische Herausforderungen für die tagtägliche parlamentarische Arbeit. Das betrifft vor allem das Rederecht im Plenum und bestimmte Minderheitenrechte wie die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen oder die Durchführung von Anhörungen. Wir haben diese Probleme von Anfang an gesehen und sind sehr früh mit Kompromissvorschlägen auf Linke und Grüne zugegangen.

Das Rederecht richtet sich zwar nach der Zahl der Sitze im Bundestag und ist damit unmittelbarer Ausfluss des Wahlergebnisses. Gleichzeitig ist die Debatte im Plenum prägend für die Demokratie. Rede und Gegenrede müssen möglich sein – daher unser

Vorschlag, den Zeitanteil der Oppositionsfraktionen von knapp 20 auf mindestens 25 und teilweise sogar 32 Prozent zu erhöhen und uns flexibel zu zeigen, was die Reihenfolge der Redner angeht. Das ist ein sehr fairer, ein sehr demokratischer Vorschlag. Wenn die Grünen – anders als die Linksfraktion – diesen nun ablehnen, wachsen die Zweifel an ihrem Kompromisswillen. Die dazu teils in den Medien angebrachten Argumente der vergangenen Wochen vermitteln den Eindruck, als wollten die Grünen eher nachträglich ihr Wahlergebnis aufhübschen, als eine für alle Seiten tragfähige Vereinbarung zu treffen.

Dass eine starke Demokratie die Opposition im Parlament braucht, haben Union und SPD im Koalitionsvertrag festgehalten. Dort haben sie sich verpflichtet, die Wahrnehmung von Minderheitenrechten zu gewährleisten und eine das Grundgesetz konkretisierende, rechtlich verlässliche Grundlage zu schaffen. Die gegenwärtige Mehrheitsverteilung ist nicht der Regelfall und wird es auch künftig nicht sein. Unsere Verfassung, das Grundgesetz, ist aber gerade für die Dauer und den Regelfall geschaffen. Sie verträgt keine Veränderungen nach Wetterlage. Die braucht es aber auch gar nicht, denn das Grundgesetz gewährt – da sind sich die Rechtswissenschaftler einig – eine funktionsfähige parlamentarische Opposition auch ohne Änderungen und unabhängig von Quoren für Klagerechte, Untersuchungsausschüsse oder Ausschussanhörungen. Für Koalition und Opposition muss es daher darum gehen, diese Oppositionsrechte auch für die 18. Wahlperiode klarzustellen und in der Praxis zu gewährleisten. Für die Unionsfraktion ist das selbstverständlich. Wir wollen klare Regeln für die nächsten vier Jahre. Jetzt muss die Opposition das auch noch wollen.

Angela Merkel erneut zur Kanzlerin gewählt

Vereidigung im Bundestag – Dritte Amtszeit, zweite große Koalition

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird vier weitere Jahre die Geschicke Deutschlands lenken. Die CDU-Parteivorsitzende wurde am Dienstag vom Deutschen Bundestag zum dritten Mal zur Kanzlerin gewählt. Zum zweiten Mal steht sie an der Spitze einer großen Koalition. „Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen“, sagte Angela Merkel. Am Mittag wurden auch die neuen Minister ernannt und vereidigt. Den Koalitionsvertrag hatten die Regierungspartner am Vortag feierlich unterzeichnet.

Kanzlerin Merkel wurde mit 462 von 621 gültigen Stimmen gewählt.



Volker Kauder gratuliert Angela Merkel zur Wiederwahl

Mit Nein votierten 150 Abgeordnete; neun enthielten sich der Stimme. Damit erhielt sie im ersten Wahlgang die sogenannte Kanzlermehrheit – die

Mehrheit der Mitglieder des Hohen Hauses. Als erster gratulierte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder der Kanzlerin zur Wiederwahl und überreichte ihr einen Blumenstrauß. Unmittelbar nach der Wahl fuhr Merkel zum Schloss Bellevue, wo sie von Bundespräsident Joachim Gauck die Ernennungsurkunde erhielt. Nach Rückkehr in den Bundestag leistete sie ihren Amtseid mit dem Zusatz: „So wahr mir Gott helfe.“

„Zustimmung besser als vor acht Jahren“

Kabinettsliste

BUNDESKANZLERAMT: Angela Merkel (CDU)
Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier (CDU),
Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoguz (SPD),
Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters (CDU), Staatsminister für
Bund-Länder-Koordination, Helge Braun (CDU), Staatssekretär für die Koordinierung der
Geheimdienste, Klaus-Dieter Fritsche
FINANZEN: Wolfgang Schäuble (CDU)
Parlamentarische Staatssekretäre: Steffen Kampeter (CDU), Michael Meister (CDU)
WIRTSCHAFT UND ENERGIE: Sigmar Gabriel (SPD)
Parlamentarische Staatssekretäre: Beauftragte für die Belange der neuen Länder,
Iris Gleicke (SPD), Brigitte Zypries (SPD), Uwe Beckmeyer (SPD)
AUSWÄRTIGES AMT: Frank-Walter Steinmeier (SPD)
Staatsminister: Michael Roth (SPD), Maria Böhmer (CDU)
VERTEIDIGUNG: Ursula von der Leyen (CDU)
Parlamentarische Staatssekretäre: Ralf Brauksiepe (CDU), Markus Grübel (CDU)
INNEN: Thomas de Maizière (CDU)
Parlamentarische Staatssekretäre: Ole Schröder (CDU), Günter Krings (CDU)
ARBEIT UND SOZIALES: Andrea Nahles (SPD)
Parlamentarische Staatssekretäre: Anette Kramme (SPD), Gabriele Lösekrug-Möller (SPD)
GESUNDHEIT: Hermann Gröhe (CDU)
Parlamentarische Staatssekretäre: Annette Widmann-Mauz (CDU), Ingrid Fischbach (CDU)
Beauftragter der Bundesregierung für Pflege und Patienten: Karl-Josef Laumann (CDU)
JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ: Heiko Maas (SPD)
Parlamentarische Staatssekretäre: Ulrich Kelber (SPD), Christian Lange (SPD)
LANDWIRTSCHAFT: Hans-Peter Friedrich (CSU)
Parlamentarische Staatssekretäre: Peter Bleser (CDU), Maria Flachsbarth (CDU)
FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND: Manuela Schwesig (SPD)
Parlamentarische Staatssekretäre: Elke Ferner (SPD), Caren Marks (SPD)
VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR: Alexander Dobrindt (CSU)
Parlamentarische Staatssekretäre: Dorothee Bär (CSU), Katherina Reiche (CDU),
Enak Ferlemann (CDU)
UMWELT UND BAU: Barbara Hendricks (SPD)
Parlamentarische Staatssekretäre: Florian Pronold (SPD), Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD)
WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG: Gerd Müller (CSU)
Parlamentarische Staatssekretäre: Christian Schmidt (CSU), Hans-Joachim Fuchtel (CDU)
BILDUNG UND FORSCHUNG: Johanna Wanka (CDU)
Parlamentarische Staatssekretäre: Stefan Müller (CSU), Thomas Rachel (CDU)

Volker Kauder sprach von einem guten Wahlergebnis – vor allem im Vergleich zum Beginn der letzten großen Koalition 2005: „Die Zustimmung war viel besser als vor acht Jahren. Damit ist die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der großen Koalition geschaffen. Wir können jetzt an die Arbeit gehen.“

Die Bildung der großen Koalition mit Sondierungen, Verhandlungen und Warten auf den SPD-Mitgliederentscheid hatte fast drei Monate gedauert. Bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages am Montag betonte Merkel: „Eine große Koalition ist eine Koalition für große Aufgaben.“ Sie wolle im Laufe der Legislaturperiode dafür sorgen, dass es den Menschen 2017 besser gehe als heute. Als zentrale Ziele ihrer dritten Amtszeit nannte sie solide Staatsfinanzen, Wohlstand und die Wahrung der sozialen Sicherheit. Auch der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sagte, er sehe „eine große Chance, dass die nächsten Jahre gute Jahre für Deutschland werden“.

Das neue Kabinett trat am Dienstagnachmittag erstmals zusammen. Von den insgesamt 15 Ministern gehören sechs der CDU, sechs der SPD und drei der CSU an.

Merkel für starke Rolle Deutschlands in Europa

Erste Regierungserklärung nach Wiederwahl zur Kanzlerin – Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beheben



Foto: Tobias Koch

Erste Regierungserklärung Angela Merkels in der neuen Wahlperiode

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht in der Fortentwicklung des europäischen Einigungswerks eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Legislaturperiode. Einen Tag nach ihrer Wiederwahl und kurz vor dem EU-Gipfel in Brüssel gab die Kanzlerin am Mittwoch eine Regierungserklärung zu Europa ab. Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD wolle, dass „Deutschland weiterhin eine verantwortungsvolle und integrationsfördernde Rolle“ in Europa wahrnehme, betonte sie. Dafür sei die Bundesregierung auch bereit, die EU-Verträge

vorangekommen sei. Die ersten Früchte der Rettungspolitik könnten bereits geerntet werden. So könne Irland, das als eines der ersten Euro-Länder in den Strudel der Finanzkrise geraten war, den europäischen Rettungsschirm bereits verlassen. Das Prinzip, von der Krise betroffenen Staaten zu helfen, wenn sie ihrerseits ihre Haushalte konsolidieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, habe sich bewährt, sagte Merkel. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt funktionierten.

zu ändern. „Wer mehr Europa will, muss bereit sein, die Verträge weiterzuentwickeln.“

Merkel stellte fest, dass Europa fünf Jahre seit Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem Weg zu Stabilität und Wachstum ein gutes Stück

Kluge Regulierung der Finanzmärkte

Dabei könne man aber nicht stehen bleiben, betonte die Kanzlerin. Die große Herausforderung der Zukunft liege darin, die Konstruktionsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion zu beheben, damit die Euro-Zone nie wieder in eine solche Krise gerät. „Was wir jetzt tun, geht auf die Versäumnisse vor 20 Jahren zurück“, sagte sie. Es reiche eben nicht, die Geldpolitik zu vergemeinschaften, sondern es müsse auch zu einer Wirtschaftsunion kommen. Merkel widersprach Vorwürfen, Deutschland sperre sich gegen die Stärkung der Wirtschaftsunion. „Das ist nicht der Fall“, sagte sie und fügte an, dass man dafür zur Not eben die vertragliche Grundlage ändern müsse.

Im Zusammenhang mit der Verschuldungskrise sprach Merkel auch die im Entstehen befindliche Bankenunion an. „Deutschland unterstützt die kluge Regulierung der Finanzmärkte“, sagte sie. Man wolle nicht, dass in Zukunft der Steuerzahler für strauchelnde Banken eintreten müsse. Bei der Sanierung und Abwicklung müssten in erster Linie Eigentümer und Gläubiger herangezogen werden.

EU-Kommission wegen Beihilfeverfahrens kritisiert

Kritik äußerte Merkel an dem Beihilfeverfahren, das die EU-Kommission gegen Deutschland wegen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einleiten will. Dabei geht es insbesondere um die Befreiung stromintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage. „Wir werden der Kommission sehr deutlich machen: Deutschland möchte ein starker Industriestandort bleiben.“ Europa werde nicht dadurch stärker, dass in Deutschland Arbeitsplätze gefährdet würden.

Bankenunion

Die europäische Bankenunion nimmt Gestalt an. Die EU-Finanzminister einigten sich in dieser Woche in Brüssel auf einen Mechanismus zur Abwicklung und Sanierung maroder Banken – den letzten Pfeiler der Bankenunion. Bereits im Aufbau befindet sich eine zentrale Bankenaufsicht, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt wird. Sie soll ab Herbst 2014 die großen systemrelevanten und grenzüberschreitend tätigen Finanzinstitute beaufsichtigen.

Im Fall einer Bankenpleite greift eine sogenannte Haftungskaskade. Danach sollen zunächst die Eigentümer, Gläubiger und Großanleger haften. Sparguthaben bis zu 100.000 Euro sind vor dem Zugriff geschützt. Erst ganz zuletzt müssten die Steuerzahler einspringen. 2016 soll ein Abwicklungsfonds gegründet werden, der innerhalb von zehn Jahren auf ein Volumen von 55 Milliarden Euro anwachsen soll. Dieser Fonds soll sich aus Abgaben der Banken speisen und dann einspringen, wenn alle anderen Möglichkeiten der Finanzierung ausgeschöpft sind. In seiner Anfangsphase soll der Fonds in „nationale Kammern“ unterteilt werden, die für die Banken des jeweiligen Landes haften. Erst 2026 haftet der Fonds insgesamt. Falls es während der zehnjährigen Aufbauphase dazu kommt, dass die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, müssen zuletzt die jeweiligen Mitgliedstaaten einspringen. Hilfe kann auch aus dem Rettungsfonds ESM kommen – allerdings ebenfalls auf dem Weg über die Mitgliedstaaten. Eine neu zu schaffende „Abwicklungsagentur“ soll darüber entscheiden, ob eine Bank aufgelöst wird. Diese Agentur soll mit Vertretern der Mitgliedstaaten besetzt werden. Die EU-Kommission kann gegen deren Entscheidung aber Einspruch einlegen.

„Lebendigen Parlamentarismus wahren“

Redezeit der Oppositionsfractionen wird ausgeweitet – Einigung zwischen Union, SPD und Linken

Die Rechte der Minderheiten im Bundestag sind für die Union ein schützenswertes Gut. Im neu gewählten Bundestag kommen die Oppositionsfractionen zusammen allerdings nur auf etwas mehr als 20 Prozent der Stimmen und somit nicht auf das nötige Quorum, um bestimmte Minderheitenrechte in Anspruch nehmen zu können. Die unionsgeführte große Koalition setzt sich daher für Änderungen ein, damit auch Linke und Grüne in den Genuss dieser Rechte kommen. In einem ersten Schritt einigten sich in der vergangenen Woche Union, SPD und Linke für die 18. Wahlperiode darauf, die Redezeit der Opposition bei Debatten auszuweiten. Diese Regelung, die nur die Grünen bislang ablehnen, muss vom Ältestenrat noch beschlossen werden.

Für die Nutzung wichtiger Kontrollinstrumente braucht die Opposition mehr Stimmen, als sie derzeit hat. So müssen für die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zur Überprüfung eines Gesetzes ein Drittel der Abgeordneten zusammenkommen. Für die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses muss es ein Viertel sein. Auch sind die Redezeitanteile der Opposition mit 20 Prozent so gering, dass ihrer Ansicht nach lebhaftere Debatten künftig nicht mehr zu erwarten sind. Bei einem Anteil von fast 80 Prozent an der Redezeit, der auf die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD entfällt, bleibt für die Contra-Argumente wenig Raum.

„Oppositionsbonus“ bei Debatten

Der Vereinbarung zufolge wird es bei der Redezeit künftig eine Art „Oppositionsbonus“ geben, damit Linke und Grüne bei allen Debattenformaten auf einen Zeitanteil von mindestens 25 Prozent kommen – teilweise sogar bis zu 32 Prozent. Michael Grosse-Brömer, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, betonte:



Foto: Tobias Koch

Rednerpult im Plenarsaal

„Wir haben den Oppositionsfractionen ein attraktives Angebot gemacht, das weit über ihre eigentlichen Rechte bei der Redezeitverteilung hinausgeht. Damit kommen wir ihnen beim Minderheitenschutz sehr weit entgegen.“

Die Vereinbarung sieht außerdem vor, dass bei den vier Kernzeitdebatten je Sitzungswoche, die immer vormittags stattfinden, Linke und Grüne grundsätzlich mit einem ihrer Tagesordnungspunkte vertreten sein sollen. Auch in den Standarddebatten am Nachmittag können die kleineren Fractionen ihre Initiativen angemessen präsentieren. Mit einem Kurzformat am Abend sollen lebendige Debatten im Sinne eines Schlagabtauschs hervorgebracht werden. Der erprobte Wechsel von Koalitions- und Oppositionspunkten soll grundsätzlich beibehalten werden, mit nur jeweils einem thematischen Doppelblock für die Koalition nach den Kernzeiten.

Sichere Rechtsgrundlage für Minderheitenrechte angestrebt

Die Linke hat der Regelung unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass auch für

die anderen Minderheitenrechte eine Lösung gefunden wird. Lediglich den Grünen ging das Angebot der Koalition nicht weit genug. Sie forderten zur Wahrnehmung ihrer Oppositionsrechte noch mehr Redezeit. Dies lehnte die Union allerdings ab, weil eine zu starke Beschneidung der Redezeit der eigenen Abgeordneten nicht mehr vertretbar gewesen wäre. Michael Grosse-Brömer nannte die Kritik der Grünen nicht nachvollziehbar: „Es geht darum, einen lebendigen Parlamentarismus zu wahren und nicht darum, das schlechte Wahlergebnis der Opposition zu korrigieren.“ Er sei trotzdem zuversichtlich, dass die Grünen die Lösung mittragen werden, fügte er hinzu.

Die Gespräche, wie in Bezug auf die anderen Minderheitenrechte verfahren werden soll, dauern noch an. Auch hier arbeitet die Union an verlässlichen Lösungen. „Die Union ist bereit, für die nächsten vier Jahre eine sichere Rechtsgrundlage zu schaffen, auf die sich die Opposition dauerhaft verlassen kann, um ihre Minderheitenrechte nutzen zu können – auch wenn sie das bisherige Quorum nicht erreicht“, sagte Grosse-Brömer.

Parlamentarisches Kontrollgremium soll gestärkt werden

Mehr Mitarbeiter – weniger Mitglieder

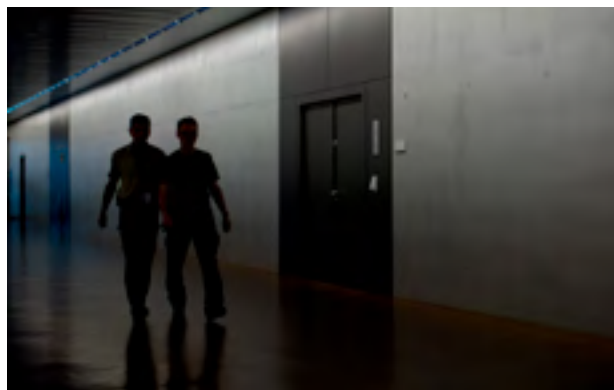
Die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeiten des Bundes soll effektiver gestaltet werden. Die Obleute der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen einigten sich in der vergangenen Woche grundsätzlich darauf, dass dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) für eine noch bessere Wahrnehmung seiner Kontrollaufgaben mehr Mitarbeiter zur Seite gestellt werden sollen. Die zusätzlichen Mitarbeiter sollen klare Aufträge vom Kontrollgremium bekommen, ermitteln und Nachforschungen anstellen können.

Geplant ist darüber hinaus, das Kontrollgremium zu verkleinern, um die Arbeit des Gremiums effektiver zu gestalten. Künftig soll es nur noch neun statt elf Mitglieder haben. Bislang sitzen in dem Gremium noch zwei FDP-Abgeordnete, die ohnehin ausscheiden.

Überlegt wird auch, häufiger und in längeren Sitzungen zu tagen.

Keine zusätzlichen Befugnisse vonnöten

Zusätzliche Befugnisse braucht das Kontrollgremium nach Ansicht der Union nicht, denn es gibt bereits ausreichend Möglichkeiten, die künftig intensiver genutzt werden könnten, wenn mehr Personal vorhanden ist.



Das Parlamentarische Kontrollgremium tagt in einem abhörsicheren Raum

Skeptisch betrachtet die CDU/CSU-Fraktion einen SPD-Vorschlag, in Einzelfällen auch öffentlich zu tagen. Schließlich besteht für viele Inhalte weiter Geheimhaltungspflicht.

Der bisherige Innenstaatssekretär Klaus-Dieter Fritsche übernimmt den neuen Posten eines Geheimdienst-Beauftragten im Kanzleramt. Mit der Einrichtung dieses Amtes zieht Bundeskanzlerin Angela Merkel die Konsequenz aus der NSA-Abhöraffaire.

Fritsche soll dem neuen Kanzleramtschef Peter Altmaier unterstehen und künftig für die Kontakte zum PKGr verantwortlich sein. Der 60-jährige frühere Vizepräsident des Bundesverfassungsschutzes war bereits von 2005 bis 2009 Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt gewesen, bevor er ins Innenministerium berufen wurde.

Mindestspeicherfrist bleibt auf der Agenda

Nach Plädoyer des Generalanwalts am EuGH

Die Unionsfraktion bleibt bei ihrer Forderung nach einer Mindestspeicherfrist für Kommunikationsdaten, wie sie auch im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart ist. Dies unterstrich die Fraktion in der vergangenen Woche, nachdem der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung verworfen hat, weil sie seiner Auffassung nach gegen europäisches Recht verstößt. Ein Urteil des EuGH dazu wird in einigen Monaten erwartet.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Günter Krings sagte, die CDU/CSU-Fraktion trete für die zügige Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Datenspeicherung auf Vorrat ein.

Mögliche Vorgaben durch das EuGH-Urteil müssten dann in das Gesetzgebungsverfahren einfließen.

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl, betonte, der Generalanwalt habe zwar Nein zur jetzigen Fassung der EU-Richtlinie gesagt. „Er hat aber nicht grundsätzlich Nein gesagt zu einer Mindestspeicherfrist.“ Uhl verwies darauf, dass der Generalanwalt in seinem Schlussantrag zum Verfahren eine Reihe von Punkten kritisiert habe, die bereits das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vor fast vier Jahren angeführt hatte.

So müsse geklärt werden, unter welchen Voraussetzungen und von welchen Stellen ein Abruf der Daten

erlaubt sei und ob Ausnahmen etwa für bestimmte Berufsgruppen im Hinblick auf ihre Schweigepflichten zu machen seien, sagte Uhl. Auch kritisierte der Generalanwalt das Fehlen von Löschungs- und Benachrichtigungspflichten. Hinzu komme, dass er eine Speicherdauer von über einem Jahr als nicht erforderlich ansehe.

„Mit dieser Kritik hat er Recht. Sie entspricht unserem Rechtsverständnis“, erklärte Uhl. Danach soll ein Zugriff auf die Daten nur bei schweren Straftaten und großen Gefahren für Leib und Leben nach einer richterlichen Anordnung erfolgen. Eine Speicherung solle national erfolgen. Angestrebt werde eine Speicherdauer von drei Monaten.

„Nicht alles ist erlaubt, was die Technik kann“

Ansgar Heveling über Regeln für das Internet – Für eine internationale Übereinkunft



Foto: privat

Ansgar Heveling
Berichtersteller der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Urheberrecht, geistiges Eigentum und Strafrecht

Datenschutz, Datensicherheit, Urheberrechte – die Regulierung des Internets ist ein Thema, das nicht erst seit dem NSA-Spähskandal vom Sommer immer stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit rückt. Jüngst haben 560 Schriftsteller aus 83 Ländern einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie gegen Massenüberwachung protestieren und eine verbindliche UN-Konvention der digitalen Rechte fordern. „Fraktion direkt“ sprach mit dem CDU-Abgeordneten Ansgar Heveling über das Thema. Heveling ist Berichterstatter für Urheberrecht, geistiges Eigentum und Strafrecht.

Herr Heveling, das Internet ist weltumspannend. Was kann die Politik in einem einzigen Land tun, um das Netz zu regulieren?

Heveling: Der internationale Aufruf unterstreicht, dass es um eine Problematik geht, die ein einzelner Staat nicht allein lösen kann. Vielmehr wird offensichtlich, dass wir im internationalen Verbund gemeinsame, verbindliche Regeln finden müssen. Dafür haben wir in der Tat noch zu wenige Instrumente, die die Staaten auch wirklich binden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach in dem Zusammenhang zu Recht von „Neuland“, denn es geht um rechtliches Neuland. Und die letzten Monate haben uns deutlich vor Augen geführt, dass wir etwas ändern müssen – aber dass wir dies nicht alleine tun können.

“Die Gestaltungshoheit muss beim Souverän liegen“

Ist die von den Schriftstellern geforderte UN-Konvention, der internationale Ansatz, nicht eine schöne Illusion?

Heveling: Der Aufruf ist ja zunächst einmal kein juristisches Dokument, sondern eine politische Meinungsäußerung vieler Intellektueller aus unterschiedlichen Ländern. Auch wenn in der Wortwahl das ein oder andere etwas pointiert dargestellt wird, betrachte ich es als gutes Signal, dass die Intellektuellen vorweg gehen und eine Regelung einfordern. Der Weg hin zu einem internationalen Ansatz wird allerdings noch schwer sein. Ob eine UN-Konvention oder ein anderes multilaterales Abkommen dabei herauskommt, ist nachrangig.

Welche Handhabe hätte man gegen diejenigen, die sich nicht daran halten?

Heveling: Wir haben einzelne Ansatzpunkte, um auf staatlicher Ebene Regelungen vorzunehmen. Das bezieht sich im Kern nicht nur auf die Frage der Geheimdiensttätigkeit, zu der wir erst in jüngerer Zeit neue Erkenntnisse gewonnen haben. Hier sind vertiefte Überlegungen zu treffen. Aber in anderen Bereichen tut sich viel, angefangen beim Schutz

von Urheberrechten bis hin zum Datenschutz. Hier ist ja insbesondere auch die EU-Kommission sehr aktiv, um EU-weite Standards und Regeln zu vereinbaren.

Bislang hat die Politik die großen Computerfirmen im Netz frei agieren lassen. Wie will man sie jetzt in die Pflicht nehmen?

Heveling: Mein Eindruck ist, dass die Unternehmen zu akzeptieren beginnen, dass der Umgang mit Daten eine Frage von staatlichen Regeln ist. Das ist ein erster, aber wichtiger Schritt. In der Vergangenheit haben die Internetfirmen sehr stark davon profitiert, dass es kaum verbindliche Regeln gab. Insofern tragen sie jetzt eine besondere Verantwortung. Wenn sie in den USA nun eine Reform der Abhörpraxis der NSA anmahnen und damit den Ball zurück an die Politik spielen, halte ich das für ein gutes Signal. Die Gestaltungshoheit muss auch hier beim Souverän liegen und nicht in der Hand von Unternehmen oder einzelnen Institutionen.

Politische Regeln sind nur so lange gut, wie sie nicht von der Technik ausgehebelt werden. Kann die Politik das Hase-und-Igel-Spiel gewinnen?

Heveling: Die technischen Zyklen sind natürlich ungeheuer rasch und überholen oft auch die Politik. In den vergangenen Jahren waren viele deshalb versucht zu sagen, die Gesetze müssten den technischen Regeln folgen („law follows function“). Ich glaube, wir müssen anfangen, das System wieder umzukehren: Wir brauchen zuerst die Regeln und einen klaren und festen Ordnungsrahmen. Das bedeutet, dass im Einzelnen auch der Technik nicht alles erlaubt sein darf, was sie kann.

Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen

Treffen junger Abgeordneter

Die Jugendarbeitslosigkeit ist derzeit eines der drängendsten Probleme in Europa. Nach den jüngsten Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat liegt sie im Durchschnitt der 28 EU-Länder bei 23,7 Prozent. Daher haben sich junge Abgeordnete des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten bei ihrem ersten Treffen in Brüssel Anfang Dezember besonders damit beschäftigt, wie die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden kann. Aus der Unionsfraktion des Bundestages waren Vertreter der Jungen Gruppe angereist: ihr stellvertretender Vorsitzender Steffen Bilger sowie Carsten Körber und Marian Wendt.

„Am gemeinsamen Haus Europa bauen“

Der Vizepräsident des Europaparlaments, Miguel Angel Martinez Martinez aus Spanien, rief mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2014 gerade die jungen Parlamentarier dazu auf, sich auf allen Ebenen um dieses Kernthema zu kümmern. Gerade wegen ihrer Nähe zur Zielgruppe seien sie dazu berufen. Keinesfalls dürfe man das Thema den Populisten überlassen, mahnte er. Ein Durchschnittswert von 23,7 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Europa und ein Spitzenwert von 58 Prozent in Griechenland zeigten, dass schnell gehandelt werden müsse.

In den Plenardebatten und Workshops entwickelte sich eine rege Diskussion über die je nach Nationalität



Foto: Paul Zinken/dpa

Die Redaktion von „Fraktion direkt“ wünscht Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein schönes neues Jahr!

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

und Parteizugehörigkeit unterschiedlichen Lösungsansätze. Auch zahlreiche neue Kontakte wurden geknüpft. Marian Wendt hob die grundlegende Bedeutung der Vernetzung der jungen Entscheidungsträger aus ganz Europa hervor: „Nur wenn wir uns gegenseitig – unsere Länder, Mentalitäten und Entscheidungshintergründe – gut kennen, können wir am Haus Europa bauen. Gemeinsam müssen wir die künftigen Herausforderungen, vor allem die Sicherung der Sozialsysteme, die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte und den Ausbau der Infrastruktur, angehen.“

Vernetzung hilft

Carsten Körber ergänzte: „Die enge Abstimmung zwischen jungen Abgeordneten der europäischen Partner-

länder halte ich für wesentlich, wenn wir die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen angehen wollen. Deshalb war die Konferenz in Brüssel für meine weitere Arbeit von großer Bedeutung.“

Starke CDU für Europawahl

In den Schlussbemerkungen des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz von der SPD, wurden die unterschiedlichen Ansätze der Parteienfamilien nochmals deutlich. Dies kommentierte Steffen Bilger mit den Worten: „Europa braucht eine starke CDU bei der Wahl im kommenden Jahr. Gerade unsere Vorstellungen sind geeignet, Europa weiter in der richtigen Richtung zu denken und zu lenken.“

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducsu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducsu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu